

«Qualität statt Quantität»

In der Schweiz läuft derzeit die Diskussion um die Einführung von Mindestfallzahlen durch das Bundesamt für Gesundheit (BAG) auf nationaler Ebene. Diese Massnahme hätte dramatische Auswirkungen auf alle Regionalspitäler. Spitaldirektor Joachim Koppenberg aus Scuol wehrt sich gegen die Mengensteuerung auf Kosten der peripheren Spitäler.

Die Hauptargumente für die Einführung von Fallzahlen sind die Qualität und die Patientensicherheit. Und genau diese Argumente kann Joachim Koppenberg, der sich seit Jahren auch wissenschaftlich mit diesem Themen beschäftigt, nicht gelten lassen. Das Regionalspital in Scuol verfolgt seit Jahren eine konsequente Qualitäts- und Patientensicherheitsmanagement. Patientensicherheit hat höchste Priorität. Diese Philosophie trägt Früchte: Bei den regelmässigen externen Überprüfungen schneidet das Ospidal stets gut bis sehr gut ab – auch gegenüber grösseren Spitälern. So gibt es am Ospidal tiefe Reoperationszahlen. Die Patienten müssen also selten innerhalb von 30 Tagen wegen des gleichen Problems mehrmals operiert werden. Das Gleiche gilt für die Rehospitalisation. Wer einmal das Ospidal verlassen durfte, landet kaum gleich wieder dort. Auch die Zahlen für das Infektionsrisiko sind niedrig. «Wir liegen absolut im grünen Bereich», betont Koppenberg. Kurzum: Obwohl das Ospidal klein ist und in einer Randregion liegt, wird nachweislich eine hohe medizinische Qualität angeboten.

DIE FALLZAHLEN SIND UNWICHTIG

«Was mich bei der Diskussion der Fallzahlen stört, ist dass Quantität mit Qualität gleichgesetzt wird», sagt Koppenberg. Das Ospidal lässt die Qualitätszahlen regelmässig messen, um sich auf nationaler Ebene vergleichen zu können. «Ich plädiere auch dafür, dass künftig nur noch diejenigen Spitäler berücksich-

tigt werden, welche auch Qualität liefern – aber eben unabhängig von der Fallzahl», erläutert der Spitaldirektor. Oder anders ausgedrückt: Es gibt auch grosse Spitäler, die eine niedrige Qualität aufweisen. Warum sollten ausgerechnet nur noch diese gewisse Operationen durchführen dürfen und kleine, kompetentere Spitäler nicht?

Wer eine Operation häufig durchführt, hat mehr Übung und ist besser. Diese Behauptung mag zwar laut Koppenberg für die hochspezialisierte Medizin gelten, aber nicht für die Grundversorgung in den Regionalspitälern. «Was ein gut ausgebildeter Chirurg oder Orthopäde gelernt hat, vergisst er nicht wieder», ist Koppenberg überzeugt. Da im Ospidal nur Chirurgen mit langjähriger Erfahrung in Leitungsfunktionen grösserer Spitälern tätig sind, verfügen diese über eine ausgewiesene Expertise und haben Ihre Lernkurve längst hinter sich gelassen.

NUR NOCH PRAXIS MIT BETTEN?

Sollte das System der Mindestfallzahlen eingeführt werden, gäbe es noch ein weiteres Paradoxon. Notfälle könnten die Ärzte in Scuol operieren, aber geplante, einfache Operationen müssten in Zentrums spitäler durchgeführt werden. «Konkret dürfte der Chirurg dann zwar noch den schwierigen Notfall, z.B. einen Schenkelhalsbruch operieren, aber den einfachen geplanten Eingriff wie eine geplante Hüftprothese nicht mehr – das ist komplett absurd», sagt Koppenberg.



Qualitätsmanagement und Patientensicherheit werden am Ospidal seit Jahren konsequent umgesetzt.

Zudem führe eine definierte Mindestmenge von Eingriffen zu einer Mengenausweitung – dies hätten Studien in Deutschland und den USA ergeben. Das heisst, der Orthopäde, welcher eine gute Indikationsstellung macht und dem Patienten – im Sinne des Patienten – von einem Eingriff abrät, würde sich zwangsläufig selbst abschaffen. Statt Qualität würde künftig Quantität belohnt. Dies würde ihm auch selbst als potentiellen Patienten grosse Sorgen bereiten. Desweiteren finanziert momentan das Ospidal mit geplanten Eingriffen auch die 24-Stunden-Notfallbereitschaft. Diese könnte bei einer Einführung der Mindestfallzahlen nicht mehr in dieser Form aufrecht erhalten werden.

DAS RECHT AUF QUALITÄT

Eine kantonale Arbeitsgruppe des Gesundheitsdepartements, zu der neben dem Regierungsrat Christian Rathgeb auch Koppenberg und Philipp Gunzinger gehören, möchte nun mit Gegenargumenten dieses Vorgehen auf politischer Ebene zusammen mit anderen Flächenkantonen abwehren. «Der Patient hat ein Anrecht auf Qualität, nur darum sollte es gehen», meint Koppenberg.